

Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Margit Wild, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt SPD**

Bayern bezwingt den Müllberg (II) - der Freistaat soll sich politisch für "Zero Waste"-Forderungen einsetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich nach dem Zero-Waste-Prinzip

- auf Bundes- und Landesebene für mehr kommunale Steuerungsinstrumente zur Reduzierung des Verbrauchs von Einwegverpackungen einzusetzen. Das beinhaltet beispielsweise die Möglichkeit,
 - eine kommunale Abgabe auf Einweggetränkebehälter/ Pappbecher zu erheben;
 - Lieferdienste und Gastronomie zur Verwendung von Mehrwegverpackungen zu verpflichten;
 - Plastiktüten und Knotenbeuteln zu verbieten sowie
- auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass
 - die Pfandpflicht für alle Getränkebehälter ausgeweitet wird und bestehende Ausnahmen (wie für koffein-, milchhaltige oder kohlensäurefreie Getränke) abgeschafft wird;
 - das Flaschenpfand pro Behältnis zu erhöhen;
 - ein Bonus-Malus-System für Verpackungen einzuführen, das die Verwendung ressourcenschonender Verpackungen fördert bzw. umweltschädliche Verpackungen verteuert.

Begründung:

Durchschnittlich wirft jeder und jede Deutsche etwa 450 kg Haushaltsmüll im Jahr weg, also mehr als ein Kilo am Tag. Den größten Anteil daran hat der Verpackungsmüll, der in Deutschland laut aktuellen Zahlen des Umweltbundesamts auf ein Rekordhoch angestiegen ist: Im Jahr 2017 fielen in Deutschland 8,7 Millionen Tonnen Verpackungsmüll an, das sind 226,5 Kilogramm pro Person und Jahr. Im Vergleich zum Vorjahr (2016) ist das ein Anstieg um 3%. Private Verbraucher hatten daran einen Anteil von 47% oder 107 Kilogramm pro Kopf. Ein Grund für den wiederholten Anstieg in Folge ist das starke Wachstum des Onlinehandels und die damit einhergehende Verpackungsflut.

Die "Zero-Waste"-Bewegung, wörtlich übersetzt "Null Müll", will diese Entwicklungen umkehren und plädiert dafür, wo immer möglich Müll gar nicht erst anfallen zu lassen bzw. ihn - wo nötig - zu reduzieren und zu verwerten. Auch Städte und Regionen können im Sinne dieser Grundsätze innerhalb ihres Einflussbereichs einige wegweisende und exemplarische Maßnahmen zur Müllreduzierung in die Wege leiten. Die Bayerische Staatsregierung soll sich auf den verschiedenen politischen Ebenen dafür einsetzen, dass weitere Maßnahmen zur Müllvermeidung erleichtert umgesetzt werden sowie kontraproduktive Regelungen und rechtliche Hürden abgebaut werden.